

„Die Giche“

Organ des Gewerkschaftsvereins der
Holzarbeiter Deutschlands (H.-V.)

Abonnementpreis pro Monat 30 Pfg.
Bestellungen richte man an den
Verlag: Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Zuschriften für die „Giche“ an F. Barnholt, Ullm a. D., Kreisstr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewerkschaftsvereins bestimmten Postfachen sind zu adressieren
Gewerkschaftsverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postfachkonto 89 321 beim Postbezirkamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Postzeitung
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Die Bedeutung des Rheinlandes für das Deutsche Reich.

Von Uba. Anton Erkelenz = Berlin.

Feier der tausendjährigen Zugehörigkeit der Rheinlande zum Deutschen Reich! — Geschichtlich ist diese Konstruktion etwas gewagt. Es kommt nämlich ganz darauf an, von wann ab man das Entstehen des Deutschen Reiches, besser gesagt: Deutschlands, berechnet. Man kann ebenfugot von Karl dem Großen an rechnen und könnte dann schon eine 1100- bezw. beinahe 12-jährige Zugehörigkeit der Rheinlande zu einem deutschen Staate annehmen. Die Väter dieser Tausendjahrfeier rechnen den Beginn der deutschen Entwicklung im modernen Sinne von Heinrich dem Vogler ab, der im Jahre 925 zum deutschen Kaiser berufen wurde. Geschichtlich sind alle solche Vergleiche etwas kühn; denn die Staaten der damaligen Zeit sind nicht ohne weiteres zu vergleichen mit denen von heute. Die Staaten von damals beruhten mehr als die jetzigen auf direkter Gewalt, wurden von Heeren und Abhängigen und Kaisern zusammengeschweißt und hatten im ganzen sehr wenig zu tun mit der Gesinnung der Bevölkerung, während heute die Gesinnung der Völker einen weit überwiegenden Anteil an dem Bau und der Erhaltung der Staaten hat.

Der deutsche Charakter des Rheinlandes.

Mag das sein, wie es will; mag man die deutsche Entwicklung einige Jahrhunderte früher oder später beginnen lassen, — es ist ohne Zweifel berechtigt, eine tausendjährige Zugehörigkeit des Rheinlandes zur deutschen Nation jetzt in feierlicher Erinnerung zu bringen. Denn der Kampf um Europas Schicksal, der jetzt am Rheine vor sich geht, ist gleichzeitig auch der Kampf um den deutschen Charakter des Rheines. Die Bevölkerung, die am Rhein seit Jahrtausenden sitzt, ist eine deutsche Bevölkerung nach Sprache, Stammeszugehörigkeit, Kultur und Staatlichkeit! Und die Jahrtausendfeier ist natürlich im Rahmen dieses Kampfes um den deutschen Charakter des Rheines eine politische Demonstration. Das Volk am Rheine selbst soll an seine ursprünglichen Quellen und Zusammenhänge erinnert werden; das übrige Deutschland soll wieder einmal darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Schicksal des Deutschen Reiches sich wieder einmal am Rheine entscheidet; dem Auslande, insbesondere dem ehemals feindlichen Auslande, soll dokumentiert werden, daß wir uns am Rheine dieses deutschen Charakters des Rheines bewußt sind und um die Erhaltung dieses Charakters ringen wollen.

Der seelische Charakter des nationalen Gedankens.

Die Zugehörigkeit eines Volkes zu einer bestimmten Nation ist etwas Ursprüngliches, Naturwüchsiges, aus dem Dunkel der Geschichte Emporgestiegenes. Das 19. und das 20. Jahrhundert haben aus der Zugehörigkeit zu einer Nation einen Glauben und eine Weltanschauung gemacht. Hier handelt es sich um Kräfte, die unbegreifbar sind, die man nicht mit Zahlen beschreiben und bewerten kann, sondern, die in der inneren Seele der menschlichen Natur liegen. Sie müssen gefühlt werden, sie können nicht errechnet und erjagt werden. Das gilt für die Zugehörigkeit der rheinischen Bevölkerung zu Deutschland, und damit entscheiden sich die politischen Triebkräfte, die am Rheine lebendig sind. Dieser Kampf um die Seele ist die Hauptsache. Es wird wieder einmal die Frage aufgeworfen, ob man mit politischen und militärischen Mitteln und mit Kultur- und Gesinnungsbestrebungen die in den Dienst der militärischen Mittel gestellt werden, den inneren Seelenzustand eines Volkes ändern kann. Das kann man ganz sicher nicht. Trotzdem wird es am Rheine noch einmal versucht, und das erlaubt uns zu sagen: dieser Versuch wird scheitern! Er kann nicht gelingen, weil er der inneren menschlichen Natur widerspricht. Man kann nicht eine Bevölkerung, die sich seit Jahrhunderten ihres deutschen Charakters bewußt ist, entdeutschen, man kann sie nicht seelisch und geistig neutralisieren,

man kann ihr den Charakter nicht nehmen, den ihr die Jahrtausende aufgedrückt haben. Dies Gefühlsmäßige ist der Hauptpunkt in dem ganzen politischen Kampf am Rhein, und er klingt deshalb auch bei allen festlichen Veranstaltungen immer wieder durch. Und dieser Gefühlspunkt wird verstärkt dadurch, daß die Industrie in den letzten 80 Jahren viele Millionen Menschen aus allen Teilen Deutschlands in die Westmark geschleppt hat und dadurch in den rheinischen Volkcharakter zahllose Einschüsse von Charaktereigenschaften anderer deutscher Stämme hineingegossen hat. Diese starke Einwanderung ins Rheinland hat den eigentlichen rheinischen Charakter verwässert, hat ihn abgeschwächt; denn die Fluten des Rheines können einen geborenen Ostpreußen nicht in 30 oder 50 Jahren zu einem Rheinländer ummodellieren. Für den speziellen rheinischen Charakter ist diese Einwanderung also nicht ohne weiteres ein Vorteil gewesen. Aber sie ist jetzt, da der politische Kampf um den Rhein wieder ausgefochten werden muß, unzweifelhaft eine wesentliche Verstärkung des deutschen Gedankens.

Der Rhein, die Quelle des deutschen Reichtums.

Steht bei der Jahrtausendfeier und bei allen dabei im Hintergrunde stehenden politischen Kräften der nationale Charakter der rheinischen Bevölkerung, ihr in Jahrtausenden geformter Seelenzustand im Vordergrund. So braucht man deshalb nicht zu vergessen, daß auch aus wirtschaftlichen u. sozialen Gründen der Rhein ein unentbehrlicher Bestandteil der deutschen Nation sein muß. Ueber den Rhein und durch das Rheintal strömte, von Süden kommend, die moderne Kultur und Zivilisation in Deutschland ein. Das Rheinland hatte schon eine selbständige politische Geschichte, als fast alle übrigen Teile Deutschlands noch im unbekanntem Dunkel der Wälder lagen und als an der Elbe, an der Oder, ja sogar in der Lüneburger Heide noch der Kampf zwischen den Slawen und den Germanen um die Wohnplätze stattfand und schließlich bis Königsberg zugunsten der Germanen entschieden wurde. Freier Geist, freie Bürgergesinnung hat vom frühen Mittelalter an am Rhein gewohnt, hat sich in einer großen Reihe blühender Städte geäußert und hat allmählich die deutsche Kultur in die übrigen Teile des Reiches hineingetragen. Freilich, in einem wesentlichen Punkte unterscheidet sich der Rheinländer vom Norddeutschen, insbesondere vom Preußen. Der Rheinländer ist ein Kulturbringer des Friedens, er ist kein geborener Krieger, er ist kein Mensch der Machtpolitik, sondern er arbeitet mit den Mitteln des Rechts, der Ueberredung, mit einem Worte: der Kultur. Wenn es allein auf diese letzteren Mittel angekommen wäre, dann hätte vom Rhein aus das Deutsche Reich gegründet werden müssen. Denn dort war man viel früher lebendig und hat den Geist des Handels und der Bürgerkultur, insbesondere an der Wasserkante entlang bis nach Danzig und Königsberg verbreitet. Aber die Norddeutschen und vor allem die Preußen hatten eine Eigenschaft, die beim Rheinländer weniger stark entwickelt war: sie hatten den Willen zur Macht und den Willen zum Staate. Deshalb ist das Reich eigentlich von der Mark Brandenburg aus erwachsen, weil dort die harten Menschen saßen, die auf hartem Boden sich ihren Lebensunterhalt errangen und den Willen hatten, ihre Art, ihre Regierungsweise, ihren Willen zum Staate auch dem westlichen Deutschland aufzuerlegen. Deshalb ist das norddeutsche Wesen das härtere, das weniger fröhliche, das oft das abstoßende, während das rheinische Wesen das weichere, das friedfertige, das formende ist.

Das Rheinland, die Wiege der deutschen Rohstoffproduktion.

Am Rhein blüht seit Jahrhunderten, beinahe kann man sagen, seit zwei Jahrtausenden, schon der Handel. Er brachte allmählich auch die Fabrikation schon in Gang zu einer Zeit, als sie im übrigen Deutschland noch wenig bekannt war. Aber seine Blüte erlebte dieser industrielle Geist erst in unserer Zeit. Am Rhein und an der Ruhr liegen die Kohlen, liegt das größte europäische Kohlengebirge, das uns noch Kohlen geben wird, wenn alle anderen europäischen Kohlengebiete erschöpft sind. Ursprünglich war dort ein großes Meer, und im Wandel der geologischen Verhältnisse

hat dort das Meer abgewechselt mit einer schnellwüchsigen Pflanzenbede, deren Ueberreste heute als Kohlengebirge vorhanden sind. Wenn die Pflanzenbede eine große Mächtigkeit erreicht hatte, wurde sie wieder vom Meer überspült. Das Meer setzte wieder Sand ab, der sich später zu Felsen umwandelte, und so kommt es, daß am Niederrhein stellenweise 70 Kohenflöze übereinander liegen; das heißt, 70 mal haben große Moorlandschaften abgewechselt mit der Meeresbildung und haben dadurch ungeheure Schätze an Kohle aufgespeichert. Der große Rheinfluß und das Kohlengebirge, das sind die Kräfte, die eigentlich die deutsche Industrie und insbesondere die rheinisch-westfälische Industrie geschaffen haben. Denn auf der Kohle baute sich die Eisenfabrikation auf; die Eisenfabrikation veranlaßte wieder die Errichtung von Maschinenfabriken und von sonstigen eisenverarbeitenden Betrieben. Und immer noch lockt die Nähe der Kohle neue Industrien dorthin, weil sie dort einen gewissen Vorsprung haben, der insbesondere durch die niedrigen Frachtkosten für Kohle möglich gemacht wird. Was wäre Deutschland ohne dieses Kohlengebiet, ohne das Eisen und ohne die anderen Fabrikationsstätten! Schon vor dem Kriege war es so, daß allein im Regierungsbezirk Düsseldorf ein volles Viertel aller Einkommensteuern in Preußen gezahlt wurde. Ohne diese Gebiete wäre Deutschland noch heute ein überwiegendes Agrarland mit einer nur ganz dünnen Industrie.

Rheinische Industrie als Träger des nationalen Lebenswillens

Kohle, Eisen und alle anderen Fabrikationsstätten, mit einem Worte: Reichtum, sind auch ein Stück politischer Macht. Wenn es gelänge, das Rheinland vom Reich abzutrennen, wenn es gelänge, die rheinisch-westfälische Industrie in die Hände von Ausländern zu bringen, dann hätte Deutschland keine Chance mehr, ein großer moderner Staat zu werden. Dann könnte das übrige Deutschland immer noch ein Land mit einer starken industriellen Fertigfabrikation sein, etwa wie die Schweiz; aber es wäre kein Land mehr, das ursprüngliche Kräfte hat, und das in jeder Richtung auf eigenen Füßen stehen könnte.

Die sozialen Kämpfe am Rhein.

Am Rhein brennt aber auch die soziale Frage am stärksten. Ja, man kann vielleicht sagen, daß sie dort in Berlin am ehesten ihrer Entscheidung entgegenreift. Wie schon erwähnt, hat die Industrie Millionen Arbeitskräfte aus allen Teilen des Reiches und zum Teil auch aus dem Auslande hereingeholt und hat mit ihnen Reichtümer geschaffen. Im Bergbau und in der eisenerzeugenden Industrie muß schwere körperliche Arbeit geleistet werden, während es in der Fertigindustrie, wie sie im Rheinlande ist, wie sie aber auch in Berlin vorherrscht, viel mehr auf den regen Geist der Arbeitskräfte ankommt. Deshalb sind alle sozialen Probleme am Rhein doppelt schwierig, weil die Menschen, die schwere körperliche Arbeit zu leisten haben, nur mit viel größeren Schwierigkeiten in die soziale Organisation, das heißt in die Gewerkschaft und in die politische Freiheitsbewegung eingeordnet werden können. Den Millionen Arbeitskräften steht das reichste und mächtigste Unternehmertum gegenüber. Es ist ganz natürlich, daß auf solchem Boden auch immer schwere soziale Kämpfe toben und dort ihre Entscheidung suchen. Von den sozialen Fortschritten, die am Rhein gemacht werden, ist der soziale Fortschritt in allen übrigen Teilen des Reiches abhängig.

So hat das Rheinland in nationaler und sozialer Hinsicht eine führende Bedeutung in ganz Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa. Deshalb ist die Tausendjahrfeier des Rheinlandes auch eine Angelegenheit, die alle Arbeiter in Deutschland aufs stärkste berührt, und die deshalb in ganz Deutschland miterlebt werden muß. (Regulator.)

Inflation durch Lohnpolitik.

Mit der Frage „Inflation durch Lohnpolitik“ beschäftigte sich auf Grund eines Rundschreibens auch die „Frankfurter Zeitung“ in Nr. 34 eingehend. Sie schreibt u. a. in einem längeren Artikel:

Nehmen hier die Verfasser des Rundschreibens eine unhaltbare Vermischung der verschiedensten Dinge vor, so werden dann bei der Beweisführung der Inflationsgefahr durch Lohnerhöhungen die entscheidenden Verbundenheiten volkswirtschaftlicher Tatsachen ungenügend berücksichtigt. Das Rundschreiben berechnet, daß Gesamtlohnerhöhungen um 10 Prozent einen sofortigen Kapitalbedarf der Wirtschaft von annähernd 500 Millionen „bei einer durchschnittlich dreimonatlichen Umschlagsperiode“ bedeuten, der deren Ablauf die Wirtschaft, vor allem die Industrie, das in die Produktion ihrer Güter gesteckte Geld nicht wieder zu eigener Verfügung im Warenpreis zurückbekommt.“ Das müßte bei der gegenwärtigen Lage der Industrie zur entsprechend verstärkten Kreditbeanspruchung der Reichsbank, als Gegenmaßnahme zu verstärkter Kreditrestriktion, damit zur Erhaltung der Wirtschaft und schließlich doch „unter dem Druck der Massen“ zur Inflation und Währungsentwertung führen.

In diesem ganzen schaurigen, in seiner Logik scheinbar zwingenden Bild nicht ein Hinweis, nicht ein Gedanke daran, was eigentlich mit dem der Arbeiterschaft gezahlten höheren Lohn geschieht, wo diese „neuen Zahlungsmittel“ bleiben. Unterstellen wir selbst die (ganz unwahrscheinliche) Annahme als richtig, daß zur Zahlung aller erhöhten Löhne Bankkredite in Anspruch genommen werden müßten, wie stellen sich denn in Wahrheit die Dinge dar, vor allem vom Standpunkt der kreditierenden Bank (beileibe nicht gleich der Reichsbank)? Die einzelne Privatbank wird erhöhten Kredit erstens nur gegen entsprechende Sicherheit — effektive oder vertrauensmäßige — und zweitens nur im Rahmen ihrer virtuellen oder potentiellen Mittel gewähren können, wenn sie sich nicht Verlust-Gefahren aussetzen will. Daß das gleiche auch für den die Lohnerhöhungen gewährenden Unternehmer gelten muß, dürfte wohl eine Selbstverständlichkeit sein. Braucht nun aber die Gesamtheit der Banken, um diese Kreditgewährung an die Unternehmer durchzuführen und aufrechtzuerhalten, erhöhten Reichsbankkredit? Das von den Unternehmern auf Grund von gesunden privaten Bankkrediten gezahlte Geld behalten doch die Arbeiter nicht, sondern sie geben es sogar schneller als andere Bevölkerungsschichten für Unternehmerezugnisse aus. Diese Zahlungsmittel fließen also sofort anderen Unternehmerschichten auf allen möglichen Wegen, und damit wieder den Banken zu, die die anfänglichen Kredite geschöpft hatten. Die verausgabten Bankguthaben der ersten Kreditnehmer entstehen also sofort wieder für andere Unternehmerschichten. Daß sie für andere als die ersten entstehen, das ist der durch Lohnerhöhung geschaffene Zustand und nichts weiter. Davon haben sofort bestimmte, nämlich die Massenbedarfsware herstellende Industrien den Vorteil, die mehr Umsatz und damit Verdienst haben als die anderen (Produktionsmittel-)Industrien.

Und nur für diese kann es zutreffen, daß sie drei Monate und vielleicht auch wohl länger darauf warten, bis, um mit den Worten des Rundschreibens zu sprechen, „das (erhöhte) in die Produktion ihrer Güter gesteckte Geld zu ihrer eigenen Verfügung im Warenpreis zurückkommt. Außerdem könne keine Macht der Welt die Banken zwingen, mehr Kredit zu geben, als sie für gut halten, auch nicht die Unternehmer selber und auch nicht der Druck der Massen.“

Und die Erscheinungen der Revolutions- und Inflationszeit? Sprechen denn diese nicht gegen unsere Auffassung? Ganz und garnicht! Die Möglichkeit der fortdauernden Bankkredite, darunter auch für Lohnerhöhungen (die allerdings nur selten Reallohnsteigerungen waren), schuf damals eben die falsche Diskontpolitik der Reichsbank, diese aber segelte wieder im Fahrwasser der primären Inflation durch den Staat. Auch heute müßte sich der „Druck der Massen“ erst auf die Staatsmaschine richten, ehe die von dem Rundschreiben geweissagte Entwicklung eintreten könnte. Dann aber ist dieser Zustand nicht mehr „Wirtschaft“, sondern „Politik“, „Revolution“. Daß solche Revolution der übrigens zurzeit die aus besonders starken Hemmungen der internationalen Kontrollen der Notenbank bei uns entgegenstehen, steigenden Löhnen resultieren soll, ist, milde gesagt, schlechte Phantasie. Der geweissagte Druck steht also nicht am Ende, sondern am Anfang der Entwicklung der Inflation. Voraussetzung und nicht Resultat ist, daß die volkswirtschaftlichen Bindungen und Hemmungen, die Gegenkräfte gegen die wirtschaftliche Bevorzugung einer Seite, in diesem Falle der lohnbeziehenden Arbeiterschaft von oben, vom Staate her, beseitigt werden. Nur weil die die (vergangene) Inflation treibenden Kräfte sich den politischen Einfluß sicherten, konnte die künstliche Geldentwertung erfolgen, konnten auch Lohnerhöhungen das Rad der Inflation weiter drehen. Von unten, von der Wirtschaft her, ist bei richtiger Kreditpolitik der Reichsbank (und der Privatbanken) die künstliche Geldentwertung eine Unmöglichkeit.

Diese Voraussetzung einer richtigen Kreditpolitik ist nun keineswegs eine besonders unwahrscheinliche, sie ist vielmehr in dem ohne künstliche Eingriffe verlaufenden Wirtschaftsprozess das einfach Gegebene und Selbstverständliche. Daß dies heute in Deutschland extra betont werden muß, kann natürlich nur aus der vergangenen Inflationszeit mit den Fehlern der Diskontpolitik erklärt werden. Diese Inflationspsychose aber muß auch zur Erklärung dafür herangezogen werden, daß in der Beweisführung des Rundschreibens von der Lohnerhöhung sofort auf die Reichsbank geschlossen wird, daß die ganzen Zwischenstadien, vor allem das private Bankensystem, einfach übersprungen werden und jede stärkere Beanspruchung der Unternehmerschicht, deren Blick sofort zur Reichsbank richten läßt. In diesem einen Beispiel erkennt man, wie wenig die „Inflations“-Einstellung aus den Köpfen der Unternehmer bisher verschwunden ist. Nicht die Tatsache der Lohnerhöhungen, sondern diese Einstellung ist eine Gefahr, weil sie psychologisch den Boden für eine neue Inflation vorbereiten hilft. Wer hätte in der Vorkriegszeit Lohnerhöhungen mit dem Argument der Währungsgefahr abgewehrt? Niemals ist vor dem Kriege so argumentiert worden. Damals lauteten die Gegenargumente ganz anders: Preiserhöhungen, Entwertung der Kon-

urrenz auf dem Weltmarkt usw. Mit einem Schlag wird aber klar, warum dieser Wandel in den Gegengründen eingetreten ist. Die Erhöhung des Preisniveaus und die Erschwerung des Exports können heute in der Öffentlichkeit nicht den notwendigen Eindruck machen, denn jedermann in Deutschland weiß heute, daß die deutschen Löhne meist noch tief unter den ausländischen liegen, nicht unter zu hohen Löhnen, sondern unter ganz anderen Dingen, nicht zuletzt unter der mangelnden Organisation in den Unternehmungen und Betrieben leidet unsere Exportfähigkeit. Das wissen auch die Unternehmer selbst genau und daher der (mühselige) Versuch, neue Beweisführungen zu finden. Der Hinweis auf die Inflationsgefahr verspricht ja die besten Erfolgsaussichten der Öffentlichkeit der Öffentlichkeit. Aber die Inflationsgefahr ist eine zu ernste Sache, als daß sie der reinen Agitation für jedwede Interessen von Einzelschichten preisgegeben werden könnte.

Also ständen fortgesetzten Lohnforderungen der Arbeiterschaft keine sachlichen Hinderungsgründe gegenüber? In dem Ringen um die Verteilung des Einkommenstromes zwischen Unternehmer und Arbeiter ist die Grenze für Lohnerhöhungen die Rentabilität der Unternehmungen. Heute ebenso wie früher rückt ohne Profit auf die Dauer kein Schornstein. Damit ist schon die Gefahr in ihrem allein richtigen Ausmaß gekennzeichnet. Es können Störungen des Wirtschaftsverlaufes, Betriebsstilllegungen und schließlich eine Depression in der Gesamtwirtschaft als Folge zu hoher untragbarer Löhne eintreten; mit Währungsgefährdung hat das alles aber nichts zu tun. Am Gegenteil ist eine Depression indirekt die Sicherung der Währung, indem dadurch die wirtschaftsstörenden Kräfte, in diesem Falle zu hohe Löhne, zwangsläufig beseitigt werden. Theoretisch nun festzustellen, ob heute bei allen oder bei den meisten Unternehmungen die Rentabilitätsgrenze infolge der Lohnerhöhungen erreicht sei, ist eine Unmöglichkeit. Bedacht werden muß auch dabei, daß Lohnerhöhungen zur Rationalisierung zwingen und damit die Rentabilitätsgrenze hinausschieben können. Man wird heute allerdings in der deutschen Wirtschaft den Spielraum für Lohnerhöhungen nicht allzu hoch einschätzen können. Die Gefahrengrenze wird jetzt viel früher erreicht sein, als vor dem Kriege. Diese zweifellose Labilität der Wirtschaft (nicht der Währung), erfordert im Interesse einer ruhigen Weiterentwicklung vorsichtiges Handeln auf beiden Seiten, sowohl der Unternehmer wie der Arbeiterschaft. Am Verhandlungstisch mit kühler, nüchternen Überlegung der Möglichkeiten, nicht im hervorgerufenen oder aufgezwungenen Kampf, kann die Gefahrengrenze vermieden werden. Und wir glauben nicht, daß solche Argumentationen, wie sie das Rundschreiben und ähnliche Ausführungen in der Presse gebracht haben, diesem Zwecke dienlich sind. Die Öffentlichkeit kann jedenfalls über die Gefahr einer Währungsentswertung durch Lohnpolitik vollkommen beruhigt sein, solange die Sicherheit besteht, daß Staat und Reichsbank von sich aus keine Inflation treiben wollen. Und das dürfte heute niemand mehr annehmen.

Die Lohnpolitik im deutschen Holzgewerbe.

In aller Erinnerung ist noch der gewaltige Kampf im vergangenen Jahre um die Schaffung eines neuen Reichsmantelvertrages, wobei die Lohnbildung eine bedeutende Rolle spielte. Der alte Reichstarif sah zentrale Lohnbildung vor. Bei Schaffung eines Reichsmanteltarifs setzten die Arbeitgeberverbände der zentralen Lohnbildung einen solchen heftigen Widerstand entgegen, daß die Arbeitnehmerverbände von der zentralen Lohnbildung Abstand nahmen jedoch mit der bestimmten Erklärung, daß sie nach wie vor, die zentrale Lohnbildung als die gegebene für das deutsche Holzgewerbe betrachten. Mittlerweile setzte die bezirkliche Lohnbildung ein, die bei den Arbeitgebern keine rechte Freude auslöste. Die Holzarbeiter verstanden es, auch bei dieser Lohnbildung einen Ausgleich zur Lebenshaltung durchzusetzen. Bezeichnend ist jedoch, daß so mancher schwere örtliche und bezirkliche Lohnkampf geführt werden mußte, welcher bei einer zentralen Lohnbildung hätte vermieden werden können. Zu diesen Kämpfen gesellten sich innere Schwierigkeiten im Arbeitgeberlager, hinzu trat ein Wechsel in der Leitung des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Holzindustrie. Aus allen diesen Gründen heraus faßte die Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes den einmütigen Beschluß, den Vorstand zu beauftragen, mit den drei Holzarbeiterverbänden Fühlung zu nehmen, um wieder eine zentrale Lohnbildung herbeizuführen. Durch diesen Beschluß lieferte man den Beweis, daß die Stellungnahme der Arbeitnehmerverbände zur Lohnfrage die richtige gewesen ist.

Am 20. Mai trafen auf Einladung der Arbeitgeber die Zentralvorstände der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände zu einer unverbindlichen Besprechung zusammen, die jedoch zu keinem Resultat führte, da die Arbeitgeber offenbar ihr Ziel zu weit festsetzten hatten. Wir erklärten nach wie vor unsere grundsätzliche Bereitwilligkeit zur zentralen Lohnbildung, waren bereit, über die abgelaufenen und gekündigten Landesverträge an einem Ort und an einem Tage gemeinsam über die festzusetzenden Spitzenlöhne zu verhandeln, fühlten uns jedoch im übrigen an die bestehenden Verträge gebunden, so daß bis zum Ablaufstermin der Landes-

verträge die bezirkliche Lohnbildung Geltung haben mußte. Der Auftrag der Arbeitgeber lautete jedoch über alle, also auch den noch nicht gekündigten Verträgen, zu verhandeln, dies mußten wir ablehnen.

Eine Generalversammlung der Arbeitgeber in Leipzig gab dem Vorstand erweiterte Vollmacht, so daß auf Einladung des Arbeitgeberverbandes und gegenseitiger Verständigung der Zentralvorstände am 4. Juni in Berlin die beiderseitigen Verhandlungskommissionen zusammentraten, um den Versuch zu unternehmen, für eine Anzahl Landesbezirke die Löhne festzusetzen.

Um diese Verhandlungen ungestört führen zu können, war seitens der Arbeitnehmer die Bedingung gestellt, in der Vorberhandlung die Differenzen von Schlesien und Hessen-Nassau zu beseitigen. Dies gelang auch insofern, indem die Vertreter der schlesischen Arbeitgeberverbände die materielle Seite der Berliner Vereinbarung, wie sie Breslau anerkannt hat, auch anerkannten, nur daß die 1. Lohnstaffel nicht vom 4. April, sondern 15. April 1925 in Kraft treten sollte. Sie knüpften jedoch hieran die Bedingung, daß auch für Schlesien der Lohn über den 10. Juli 1925 festgesetzt werden sollte. Für den Bezirk Hessen-Nassau wurde vereinbart, daß der räumliche Geltungsbereich bestehen bleibt, soll, für Cassel und Umgebung soll ein neuer Vertrag abgeschlossen werden. (Zur Zeit wird in Cassel gestreikt.) Nachdem diese Hindernisse beseitigt waren, wurde in die Verhandlung über die einzelnen Bezirke eingetreten, wobei als erster Bezirk Hamburg genommen wurde. Hier ist es bereits zu Teilstreiks gekommen, worauf die Arbeitgeber die Aussperrung beschlossen haben. Der Tariflohn betrug bisher 87 Pfg., gefordert sind 1,10 Mk. und besondere örtliche Zuschläge für Bauanschläger, Parkettleger, Bildhauer und Maschinenarbeiter, sowie Regelung der Montagezuschläge und Entschädigung für die Lehrlinge. Der Verhandlungsgang war so gedacht, daß die Wünsche der einzelnen Bezirke zur Kenntnis genommen werden sollten, um dann die zentrale Verhandlungskommission die Entscheidung fällen zu lassen. Demgemäß folgten die Bezirke: Köln, Düsseldorf, Bayern, Württemberg, Baden, Sachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen, Pommern, Brandenburg und Schlesien.

Die Arbeitgeber wollten noch das linke Rheingebiet und das Bergische Land einbezogen wissen, dies wurde seitens der Arbeitnehmer abgelehnt; die Arbeitgeber kamen mit immer neuen Wünschen, so daß oft Schwierigkeiten überwunden werden mußten. Nach längeren Beratungen machten die Arbeitgeber für die einzelnen Orte Angebote, bei denen, wie z. B. bei Köln der Lohn niedriger festgesetzt war, als wie bisher gezahlt wurde. Auch für Schlesien hatte man nur eine Verlängerung des Vertrages vorgesehen. Unter solchen Umständen war es den Arbeitnehmern beinahe unmöglich, ein Gegenangebot zu machen. Wir erklärten dann auch, daß Angebot der Arbeitgeber nicht ernst nehmen zu können und verlangten einen Vorschlag, der die wirklichen Verhältnisse berücksichtigt, zumal man Bindung bis Mitte November verlangte. Die Arbeitgeber gaben nach längerer Beratung die Erklärung ab, daß sie nach Lage der Sache eine Verständigungsmöglichkeit nicht erblicken können und sie daher die weiteren Verhandlungen als zwecklos betrachten müssen.

Damit waren die Verhandlungen zerfallen. Wir wollen davon Abstand nehmen, zu untersuchen, wie weit taktische Fehler zum Scheitern beigetragen haben. Geschicklichkeit im Verhandeln ist eine Kunst, die nicht jedem gegeben ist.

Wir stehen auf jeden Fall vor der Tatsache, daß der Kampf in Schlesien, in Cassel und anderen Bezirken weiter geführt wird, daß die Aussperrung in Hamburg zur Tatsache geworden, daß mit einer Anzahl weiterer ernster Differenzen zu rechnen ist, nachdem ein großer Teil der Verträge gekündigt bzw. abgelaufen ist.

Unsere Kollegen werden den Ernst der Lage begreifen, die Unternehmer sind zum Teil dazu übergegangen, die Verträge selbst zu kündigen, auf der anderen Seite verweigern sie in den meisten Fällen jede Lohnerhöhung. Demgegenüber müssen wir mit einer stärkeren Belastung des Volkes durch die geplanten Rölle rechnen. Schon heute ist der Preis für das Fleisch um 20-25 Prozent gestiegen. Die Erhöhung der Mieten ist nur noch eine Frage der Zeit. Wir gehen daher außerordentlich ernstem Reiz entgegen. Es gilt, die interessenlosen Kollegen wach zu rütteln, kein Holzarbeiter darf abseits stehen. Die Finanzen müssen durch pünktliche Zahlung zeitgemäßer Beiträge gestärkt werden. Hohe Beiträge sichern hohe Unterstützung. Nur so wird es möglich sein, die uns drohenden Gefahren erfolgreich abzuwenden.

Die Fahnenweihe des Ortsvereins der Holzarbeiter Weißhorn am Sonntag, den 31. Mai 1925 (Pfingstsonntag).

Mit großen Schwierigkeiten war es gelungen, die hiesige Eisenbahnverwaltung zu veranlassen, von Ulm a. Do. nach Weißhorn einen Sonderzug fahren zu lassen, zu welchem auch Sonntagskarten Gültigkeit hatten. Dieser fuhr morgens 9.14 Uhr ab Ulm a. Do., hielt an jeder Station und traf um 10.07 Uhr in Weißhorn ein. Weit über 300 Personen, aus Augsburg, Friedrichshafen, Teilsbrunn, Laupheim, Wiberach, Ummendorf, Ulm-

Neu-Ulm, Schramberg im Schwarzwald und vielen anderen Orten, hatten sich zum Teil schon Sonnabends in Ulm eingefunden. Die Jugendabteilungen von Augsburg, Ulm a. Do., Neu-Ulm, Schramberg waren mit ihren Wimpeln und Bannern erschienen; die Schwarzwälder zeichnen sich durch eine als Banner hergestellte Schwarzwälder Uhr besonders aus. Auch sah man Trachten als württembergische Landleute und Schwarzwälderinnen. Frische Stimmung herrschte schon bei der Einfahrt.

In Weihenhorn wurde der Zug bei seiner Einfahrt durch einen Musikchor und zahlreiche Empfangspersonen auf das herzlichste begrüßt. Das gesamte Festkomitee und viele Weihenhorner Kollegen waren anwesend. Sofort ordnete sich der Zug; zuerst das Musikchor, dann die Ulmer-Neu-Ulmer Ortsverbandsfahne, sowie die Mitglieder aus Ulm mit ihren Angehörigen; dahinter Hauptvorstand und Bezirksleitung und anschließend alle vertretenen Vereine, Fahnendeputationen, Jugendabteilungen mit ihren Bannern. Mit Musik zog der Zug zur Stadt! Alle Häuser waren reich besetzt. Vor dem Rathaus stand der Herr Bürgermeister Schneider und vier Stadträte, welche den Zug aufs herzlichste begrüßten. Vor dem Kriegerdenkmal stand die zu weihende Fahne auf einer in Woll mit Guirlanden bekränzten kleinen Bahre; 6 Ehrenjungfrauen trugen so die Fahne nachher im Zuge zur Kirche. Links und rechts von den Ehrenjungfrauen standen 7 weißgekleidete Schulkinder mit einer langen Guirlande aus Buchsbaum und vor der Fahne gingen 6 weißgekleidete noch jüngere Kinder, die das Fahnentüsch, Fahnenbänder usw. trugen. Die Weihenhorner Vereine standen mit ihren Fahnen dort und schlossen hier dem Zuge an; u. a. Gesangsvereine, Radfahrervereine, katholischer Arbeiterverein usw. Nachdem hier der Zug richtig formiert, ging es die schöne Kastanienallee, die mit ihren roten Blüten, die Feste stimmig noch erhöhte, hinunter. 2 Musikchöre spielten abwechselnd; auch das Haupttor und die Hauptstraße ging der Zug zur Kirche. In der Kirche wurde die Fahne bis vor den Altar getragen; begleitet von den Kindern in oben beschriebener Aufstellung.

Die Neu-Ulmer Fahne folgte als erste, weil Ulm der Vaterverein ist. Links und rechts nahmen die Fahnenträger, nachdem sie in sinnreicher Weise ihre Fahnen über das Weihenkind geschwenkt, Aufstellung. Der Priester, Herr Dekan Schmidt, hielt von der Kanzel die Weiherede, in welcher er die Fahne und ihre Bergangenheit gebührend würdigte und hervorhob, daß die Vertretung von Staatsinteressen das Recht eines jeden sei; jedenfalls war diese Weiherede sehr gut und wurde von allen Zuhörern auch nachher einmütig als solche anerkannt. Nachdem auf Geheiß des Pfarrers von den Ehrenjungfrauen die Hülle von der Fahne entfernt war, übernahm eine der Ehrenjungfrauen die Fahne und ging direkt bis vor den Altar, desgleichen die Ulmer Fahne als Vaterfahne. Diese wurden kreuzweis übereinander gehalten und nach einem Gebet des Geistlichen mit Weihwasser besprengt. Somit erhielt sie die kirchliche Weihe. Diese beiden Fahnen blieben vor dem Altar auch während der darauf folgenden stillen Messe stehen; während der nun beginnenden stillen Messe spielte der starke Musikchor: „Die Himmel rühmen des Ewigen Ehre“ usw., außerdem verschiedene andere kirchliche Musikstücke. Sehr sinnvoll war auch, daß die Fahnenträger bei der Wandlung die Fahnen senkten, wodurch der Gesang eingriff erhöht wurde. Auch alle Anders-Gläubigen hatten von dieser kirchlichen Weihe in der katholischen Kirche den besten Eindruck.

Nach Schluß des Weiheaktes ordnete sich der Zug wie oben beschrieben. Die neu geweihte Fahne von der Ehrenjungfrau getragen voran; umgeben von den weißgekleideten Mädchen. Mit Musikbegleitung ging es durch das Rathenstor zum freien Platz vor dem Kriegerdenkmal; im Halbkreis schwenkten die Vereine ein. Bezirksleiter Barnholt legte im Auftrage des Gewerksvereins der Holzarbeiter einen großen Fliederkranz mit Widmung zur Ehre der im Weltkrieg Gefallenen am Denkmal nieder und forderte in herzigen Worten auf, die Freude auf einen Augenblick zu unterbrechen durch ein stilles Gebet. Die Fahnen senkten sich und nach dem Kommando des Vorziehenden Thalmeier: „Gut ab zum Gebet!“ entblühten sich die Säupter und die Musikkapelle spielte einen Choral. Der Eindruck war überaus bewältigend und manches feuchte Auge konnte man beobachten. Nachdem wieder Marschkolonne formiert war, ging es mit Musik zum Hainkeller. Von den Fahnenjungfrauen Fräulein Therese Knauer, Agnes Heib und Berta Thalmeier trat dann die erstere vor, um mit einem sinnreichen Prolog dem Führer Josef Weikmann die Fahne zu übergeben. Dieser dankte in einem Prolog und legte den Schwur ab, die Fahne als das wichtigste Eigentum des Ortsvereins zu behandeln. Die schönen Prologe waren von Herrn Oberlehrer Sammler verfaßt.

Der Potenderein wurde ein sehr sinnreiches und auffallend schönes Fahnentüsch übergeben. Die Fahnen aller Vereine wurden vorne auf der Bahre links und rechts aufgestellt und dann zum gemeinsamen Mittagsessen ins Lamm marschiert. Dort waren alle Lokale überfüllt, weil man mit einem solch großen Zuge nicht gerechnet hatte. Nichts desto weniger sind alle mit Speis und Trank reichlich versehen worden. Um 2 Uhr war die Auf-

stellung zum großen Festzug durch die Stadt beendet; der Vaterverein vorne und der festgebende Verein am Schluß. Ein unendlich langer Zug bewegte sich bei glühender Hitze durch die Hauptstraßen der Stadt; 2 Musikkapellen sorgten für den richtigen Tritt. Aus den Häusern, wie aus den Gärten wurden reichlich Blumenkränze in den Zug hineingeworfen. Ueberhaupt war die Anteilnahme der Weihenhorner Bevölkerung eine erfreulich rege. Im Hainkeller wieder angelangt, wechselten Musikstücke mit Gesangsvorträgen; die Festrede des Hauptvorstandes M. Schramm fand allgemeinen Anklang. Ebenso die Ausführung der Redner aus Ulm, Augsburg, des Herrn Meier vom G. d. U., und viele andere. Bezirksleiter Barnholt sprach noch einen besonderen Dank an die Stadtverwaltung und die Bürger von Weihenhorn aus. Ein Prolog von einem Schulmädchen vorgetragen, wirkte außerordentlich; an alle Vereine wurden vom festgebenden Verein Fahnenbänder zum Andenken ausgeteilt. Fräulein Brinzing aus Ulm trug einen sinnreichen von Straub-Ulm verfaßten Prolog vor. Am allgemeinen muß man anerkennen, daß die Organisation, die Regie der Vereinsleitung und des Festausschusses ausgezeichnet klappte.

Die Lose für den Glückshafen fanden reißenden Absatz; es ist keins übrig geblieben. Um 6 Uhr zogen die Laupheimer, Biberacher, Ummendorfer und Friedrichshäfer unter Begleitung eines Musikchors zum Bahnhof. Abends folgte der obligatorische Ball, wo die Jugend zu ihrem Rechte kam. Um 10,45 Uhr fuhr der Sonderzug zu Ulm nach Ulm. Hier wurde der Tanz unterbrochen und alle Fremden in geschlossenem Zuge unter Begleitung der Weihenhorner zum Bahnhof geleitet. Die Musik spielte: „Muß I denn zum Städtle hinaus.“ Der Abschied war ein recht herzlicher und man konnte auf allen Gesichtern, bei den Auswärtigen sowohl, wie bei den Einheimischen, die höchste Befriedigung über die wohlgelungene Veranstaltung lesen. Die lokale Bahnverwaltung trug den sich etwas in die Länge ziehenden Abschiedszeremonien volle Rechnung und wartete in bayerischer Gemütlichkeit bis alle glücklich im Zug waren. Der Fahnenträger hatte das Fahnenschwenken in den paar Stunden so ausgezeichnet gelernt, daß alle mit Bewunderung seiner Kunst zusahen. Dank gebührt allen, die zum Wohlgelingen beigetragen haben; insbesondere dem Festkomitee und die Ehrenjungfrauen, die in unermüdlicher Weise die Gelder durch den Verkauf der Abzeichen und Lose zusammenholten.

Auf der Heimfahrt sorgten die Jugendabteilungen mit ihren Instrumenten und süddeutschen Gesängen dafür, daß die heitere Stimmung anhält. Die Schramberger und Augsburger übernachteten in Ulm und sind hoffentlich am 2. Pfingstfeiertag wohl behalten in ihre Heimat zurückgekehrt.

Die Berechnung der Invalidenrente.

Seitens der Bezüher von Invalidenrente kommen wiederholt Anfragen betreffs der jetzt eingetretenen Erhöhung der Rente. Dabei ist, nochmals kurz zum Ausdruck gebracht, Nachstehendes zu beachten:

Auf Grund des Gesetzes über Aenderung der Berechnung der Rente in der Invalidenversicherung vom 23. März 1925 ergibt sich Folgendes:

Ab 1. April 1925 beträgt der Reichszuschuß jährlich Mk. 72,— für jede Invalidenrente (bisher Mk. 48,—). Dazu kommt der bisher gewährte Grundbetrag von Mk. 120,— und Steigerungssätze für jede bis zum 30. September 1921 ordnungsgemäß verwendete Beitragsmarke. Der Steigerungsbetrag beträgt

in der Lohnklasse II	2 M.-Bil.
in der Lohnklasse III	4 M.-Bil.
in der Lohnklasse IV	7 M.-Bil.
in der Lohnklasse V	10 M.-Bil.

Die Beitragsmarken, die in der Zeit vom 1. Oktober 1921 bis 31. Dezember 1923 geklebt worden sind, kommen als Steigerungssätze nicht in Betracht, weil das Inflationsbeträge waren. Schließlich erhöht sich aber die Invalidenrente für diejenigen, die nach dem 1. Jan. 1924 invalide geworden sind, um einen Steigerungsbetrag von 10 Prozent für die seit dem 1. Januar 1924 gezahlten Beiträge.

Wie bemerkt, tritt das Gesetz am 1. April 1925 in Kraft. Die Renten werden von Amts wegen nachgeprüft und berechnet, ohne daß ein Antrag hierzu erforderlich ist. Die auf die Zeit vom 1. April zurückliegende Zeit etwa entstandenen Mehrbeträge werden nachgezahlt. Die Umrechnung, die mit größter Beschleunigung erfolgen soll, nimmt aber immerhin längere Zeit in Anspruch. Vorzugsweise Berücksichtigung von einzelnen Berechtigten ist nicht angängig. Es hat keinen Zweck, bei der Landesversicherungsanstalt oder beim Versicherungsamt anzufragen, weil durch solche Nachfragen eher die Befürchtung besteht, daß durch diese Auskünfte eine Beschleunigung der Umrechnung behindert wird. Die Invalidenrentner müssen also abwarten, bis sie von Amts wegen die Nachricht erhalten.

S. N.